

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

NO SW

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Freitag

14. Januar 1927

Verlag und Anzeigenverwaltung:
Verlagsgesellschaft mbH
Berliner Dönhoff-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 207

Kritischer Tag für Curtius.

Seine Verhandlungen mit den Deutschnationalen.

Ueber den Fortgang der Verhandlungen über die Regierungs-
bildung wird folgendes Communiqué ausgegeben:

Am heutigen Vormittag haben im Reichswirtschaftsministerium
die gestern in Aussicht genommenen Verhandlungen zwischen Herrn
Dr. Curtius und dem Reichsminister des Auswärtigen einerseits und
den Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei, den
Herren Graf Westarp, Wallraf, v. Lindeiner-Wildau und Treviranus
andererseits stattgefunden. Herr Dr. Curtius wird auf Grund dieser
Verhandlungen nunmehr an das Zentrum herantreten.

„Nicht ungünstig verlaufen!“

Ein parlamentarisches Nachrichtenbureau verbreitet über die
Verhandlungen Curtius' mit den Deutschnatio-
nalen folgende Darstellung:

Die Besprechung des Herrn Dr. Curtius mit den
deutschnationalen Vertretern begann in den Räumen des
Reichswirtschaftsministeriums heute vormittag um 10 Uhr und währte
bis in die zweite Stunde hinein. An der Besprechung nahm außer
Herrn Dr. Curtius der Reichsaussenminister Dr. Stresemann
teil. Als deutschnationale Vertreter waren anwesend die Herren
Graf v. Westarp, Wallraf, v. Lindeiner-Wildau
und Treviranus. Der Inhalt der Besprechungen wird ver-
traulich gehalten. Anscheinend sind aber die Verhandlungen
nicht ungünstig verlaufen. Die nächste Entscheidung liegt
aber wieder beim Zentrum, das für nachmittag um 5 Uhr seine
Fraktionsitzung berufen hat.

Von deutschnationaler Seite erfährt das Nachrichtenbureau noch
zu den Verhandlungen, daß das Verhältnis des Ministers zum
Zentrum und zu den Deutschnationalen ganz partiell sei
und daß es nur ein Zufall sei, wenn zuerst mit dem Zentrum
und erst dann mit den Deutschnationalen verhandelt worden sei!

Unrichtig sei die Meldung eines Mittagsblattes, wonach den
Deutschnationalen bestimmte Bedingungen vom
Zentrum gestellt worden seien. Im Laufe des Nachmittags wird
Dr. Curtius noch einmal die Vertreter des Zentrums empfangen,
um ihnen das Ergebnis der Besprechungen mit den Deutschnationalen
mitzuteilen.

Die Westarp-Leute hoffen.

Ueber die Besprechungen erfährt das gleiche Bureau noch von
unrichtiger Seite, daß Dr. Curtius gleich zu Beginn der Verhand-
lungen betonte, daß er sich keineswegs als der Mittler
zwischen Zentrum und Deutschnationalen betrachte und daß
er nicht etwa bestimmte formulierte Forde-
rungen des Zentrums den Deutschnationalen vorlege. Er er-
wartete auch keine bestimmte formulierten Ant-
worten der Deutschnationalen. Das Zentrum habe ja auch noch
keine grundsätzliche Stellung eingenommen.

Bei den Erörterungen drehte es sich im wesentlichen um vier
Punkte: 1. um die auswärtige Politik, 2. um die Ver-
fassungsfrage, 3. Sozialpolitik, 4. Kulturfragen (Schul-
und Kirchen-
politik).

In deutschnationalen Kreisen ist man der Auffassung, daß für
die sachliche Seite der Beratungen eine Basis gefunden
werden kann.

Die Deutschnationalen sind zu einer zwanglosen Besprechung
zusammengetreten, die aber nicht den Charakter einer Fraktions-
sitzung trägt, da weder die Fraktion, noch der Fraktionsvorsitz,
noch die Parteileitung vollständig in Berlin versammelt sind.

Dr. Curtius hat sich vorbehalten, auf Grund der Be-
sprechungen mit den Deutschnationalen und dem Zentrum seiner-
seits ein bestimmt formuliertes Programm aufzustellen,
das den Parteien zugeleitet werden soll.

Deutschnationale Angst vor Formeln.

Das Zentrum will sich heute nachmittag über die Pläne
des Herrn Curtius endgültig entscheiden, nachdem dieser
noch mit den Deutschnationalen unterhandelt haben wird.
Angesichts dieser Verhandlungen hat in der Deutschnationalen
eine gewisse nervöse Stimmung Platz gegriffen, die in fol-
genden Ausführungen der deutschnationalen Parteikorrespon-
denz zum Ausdruck kommt:

Wenn es Dr. Curtius gelingen sollte, das Zentrum zu einer
Aussprache mit den Deutschnationalen zu veranlassen,
dann wären wir einen Schritt positiv weiter. Wir befürchten aller-
dings, daß dann erst der schwerste Schritt bevorsteht
würde, nämlich daß von Seiten des Zentrums der Versuch un-
ternommen würde, die Deutschnationale Volkspartei in den nach Ansicht
der „Germania“ schwersten Bedenken betreffend die Stellung zur
Verfassung und zur sogenannten Locarno-Politik auf
Formulierungen festzulegen. Wir verweisen demgegenüber immer
wieder auf die Rede des Grafen Westarp am 9. September 1926 in
Köln, wo er Bezug nahm auf das, was er selbst zu dieser Frage am
20. Januar 1925 im Reichstage ausgeführt hat und auf das, was
die von den Deutschnationalen gebilligte Regierungserklärung vom
19. Januar 1925 dazu enthält, mit der ihr Amt die erste Luther-
Regierung antrat, an der die Deutschnationalen beteiligt waren.
Wenn diese Erklärungen damals genügen für die Bildung der
gleichen Koalition, wie sie heute Dr. Curtius beabsichtigt, so genügen
sie auch heute. „Formeln irgendwelcher Art fördern die Sache nicht.
Sie sind und bleiben mehrdeutig. Worauf es ankommt, ist die
praktische Einigung über die praktischen Fragen“, so schloß Graf
Westarp in Köln seine Ausführungen über diese Fragen.

Dr. Curtius hat jedenfalls bisher seinen Auftrag nicht zurück-
gegeben. Sollte er es tun und der Herr Reichspräsident einen
anderen beauftragen, so müßte vorher die Frage entschieden sein,
ob der Herr Reichspräsident überhaupt eine Minderheitsregierung
oder eine andere Reichsregierung ohne Deutschnationale für
möglich hält. Sollte der Herr Reichspräsident beide Fragen ver-
neinen, so würde die Auflösung allerdings akut, wo-
bei dann weiterhin Dr. Curtius eine Rolle spielen dürfte. Darüber
kann aber eine Entscheidung erwartet werden, wenn die Besprechung
zwischen Dr. Curtius und Zentrum eine Abgabe des Zentrums
ergeben sollte. Die Deutschnationale Volkspartei ist nach wie vor
verhandlungsbereit und wartet ab.

Die Deutschnationalen haben also gründliche Angst vor
einem Examen in puncto Republik und Locarno. Sie kön-
nen sich die Zweideutigkeit in diesen wichtigsten Fragen der
Innen- und Außenpolitik nicht abgewöhnen. Kein Wunder
also, daß die „Kreuzzeitung“ davor warnt, die Situation im
Sinne der deutschnationalen Regierungswünsche zu opti-
mistisch aufzufassen.

Die Nachricht eines Mittagsblattes, daß das Zentrum
Herrn Curtius für seine heutigen Verhandlungen mit den
Deutschnationalen drei formulierte Fragen über die
Republik, die Außenpolitik und das Arbeitszeitgesetz mit-
gegeben habe, trifft nach unsern Informationen in dieser
Form nicht zu. Selbstverständlich aber ist, daß sich die Be-
denken des Zentrums gegen ein Zusammengehen mit den
Deutschnationalen auf diese Punkte beziehen.

allen verfügbaren britischen Streitkräften unterstützt werden wird.
Es besteht guter Grund zu der Annahme, daß außer Japan und
Frankreich die amerikanischen Kriegsschiffe an der Verteidigung
Schanghais teilnehmen werden.

Auch Nordchina gegen Fremdenvorrechte.

Peking, 13. Januar. (W.Z.) Vertreter der Peking-
Regierung sprachen bei verschiedenen Gesandtschaften vor und brachten
den Wunsch zum Ausdruck, daß die fremden Niederlassungen den
Chinesen zurückgegeben werden möchten.

Die Militärzensur in Litauen.

Unser Parteiblatt unter Vorzensur. — Das Gewerk-
schafts- und Jugendorgan verboten.

Kowno, 14. Januar. (Eigener Bericht.) Am 11. Januar hat die
Faschistenregierung das Organ des sozialdemokratischen Jugend-
vereins „Riegriba“ und das Organ des Zentralbureaus der
freien Gewerkschaften (alle die Gewerkschaften ohne Aus-
nahme sozialdemokratisch), „Proletaras“, verboten. Alle alten
Nummern der beiden Blätter, die noch längst vor dem Putsch
erschienen sind, sind beschlagnahmt und ihre Verbreitung streng
verboten.

„Socialdemokrat“, das Zentralorgan der Litauischen Sozial-
demokratischen Partei, erschien nach dem Putsch erst am 13. Januar.
Die Kriegszensur hat mehr als eine Hälfte seines Inhalts ge-
strichen und die Redaktion des Blattes gezwungen, die Poers durch
Inserate und harmlose Aufsätze zu ersetzen; sonst drohte
dem Redakteur eine Strafe von 3000 Lits.

Frankreichs Wirtschaftskrise.

Poincarés Erfolg.

Paris, den 12. Januar.

Die offiziellen Zahlen über die Arbeitslosigkeit
in Frankreich können über den Ernst der französischen
Wirtschaftskrise durch ihre Geringsfügigkeit nicht hinweg-
täuschen. Da in Frankreich kein einheitliches
Arbeitsnachweissystem besteht und gerade die
Arbeiter der wichtigsten Industrien unter Umständen noch in
den Fabriken direkt auf die Arbeitsuche gehen können, ist
eine statistische Erfassung der tatsächlichen Arbeitslosigkeit ganz
unmöglich. Man ist deshalb in erster Linie auf private Berichte
angewiesen. Aus ihnen ergibt sich allerdings ein weniger
großer Optimismus, als ihn die amtlichen Stellen wahr haben
möchten. Im Norden des Landes vor allem steigt die Arbeits-
losigkeit von Tag zu Tag. Kurzarbeit ist bereits die Regel,
und es mehren sich die Fälle, in denen großen Arbeitermassen
die Entlassung droht, wenn die Fabriken nicht in kurzer Zeit
neue Aufträge erhalten. Die amtlichen Arbeitslosenziffern
beziehen sich nur auf die unterstützten Arbeitslosen. Der Be-
trag der Arbeitslosenunterstützung ist jedoch so niedrig,
daß einwachen noch längst nicht alle Arbeitslosen sich zum
Empfang ihrer Gelder im Nachweis melden.

Die Ursachen dieser wirtschaftlichen Depression liegen nun
keineswegs auf wirtschaftlichem Gebiet. Nur aus Gründen
politischen Prestiges hat Poincaré bei der Uebernahme der
Regierung es für notwendig gehalten, den Franken nicht allein
zu stabilisieren, sondern seinen Kurs mit Gewalt unerhört in
die Höhe zu treiben, um der staunenden Welt zu zeigen, daß
seine Anwesenheit genüge, um die goldenen Zeiten von früher
wiederherstellen zu lassen. Sein Experiment ist ihm gelungen.
Ob er seine Nebenwirkungen erwartet hat? — Das Budget
Frankreichs für 1927, in dem die äußeren Schulden nicht
einmal enthalten sind, beträgt 46,7 Milliarden Papierfranken.
Es ist während der höchsten Inflation ausgearbeitet worden
und bei einer Fortentwicklung der Geschäfte, wie sie damals
erwartet wurde, hätten sogar die in ihm verzeichneten Ein-
nahmen vielleicht eingetrieben werden können. Aber heute?
Heute, bei einem Pfundkurs von ungefähr 123 bedeutet sich der
Gesamtbetrag des Budgets auf ungefähr 9500 Millionen
Goldfranken, also auf fast das Doppelte der Bar-
kriegszeit, und von diesem Budget muß gut die Hälfte
allein für die Verzinsung und Tilgung einer inneren Schuld
aufgebraucht werden, die von etwa 28 Milliarden Goldfranken
(bei dem bisher niedrigsten Kurs des Franken) durch die
Poincarésche Währungsaktion auf 57½ Milliarden Gold-
franken aufgewertet worden ist. Die Frankensteinregierung be-
lastet den Staat für die innere Schuld um das Doppelte.
Gleichzeitig liegen Industrie und Handel in schwerer Abfah-
rt. Das Steuererträgnis des nächsten Jahres dürfte daher
weit hinter den Erwartungen zurückbleiben.

So stellt die Poincarésche Finanz- und Währungspolitik
bisher nur einen Versuch dar, zu einer Umlegung der Lasten
des Staates zu gelangen, bei der die Inhaber von Renten
offensichtlich bevorzugt werden sollten. In der Rechnung
hinsichtlich der begeisterten Zustimmung der Rentner und des
Mittelstandes ist jedoch ein Fehler enthalten, nämlich der, daß
sie eben nur eine politische Rechnung ist, und daß man geglaubt
hat, alle wirtschaftlichen Faktoren beiseite lassen zu können.
Vielleicht wäre es möglich gewesen, eine Verminderung der
Steuerlast des Mittelstandes auf Kosten der Privatwirtschaft in
Frankreich herbeizuführen. Hierzu hätte unter Umständen
der politische Einfluß und die Machtstellung Poincarés aus-
gereicht. Das gleichzeitig durchgeführte Experiment der Franken-
besserung hat jedoch die Lage verschoben. Zwar ist mit ihr
die Umgruppierung der Steuerlasten theoretisch durch-
geführt worden — aber das Budget ist praktisch
nicht mehr stabil. Was die Rentner auf der einen Seite
durch die künstliche Aufwertung gewonnen haben, geht durch
die Wirtschaftskrise auf der anderen Seite der französischen
Volkswirtschaft verloren.

Sicher wird sich spätestens dann, wenn selbst offiziell die
schlechte Lage der Wirtschaft zugegeben werden muß, die Frage
auftun, wer die Schuld an allem Uebel trägt, und die noch
schwierigere, was eigentlich zu tun sei. Die Frage nach dem
Schuldigen wird bald gelöst sein. Der Mann, der von der
Industrie Gnade aus der Verbannung zurückkehren durfte,
Poincaré, wird bei der Industrie bald alle Freunde verlieren,
wenn er keine Mittel zur Verbesserung ihrer Situation weiß.
Aber gerade die Frage nach dem Ausweg aus der Krise ist
eine der schwersten, die sich in Frankreich überhaupt stellen
kann, nachdem es einmal so weit gekommen ist. Das Wieder-
abwerten der inneren Schuld durch eine Absenkung des Franken-
kurses ist nicht ungefährlich. Um eine gewisse Absenkung des Kurs-
niveaus von heute wird man allerdings kaum herumkommen,
wenn man die Schwere der Krise ein wenig abmildern will;
aber für eine fühlbare Verminderung der Lasten aus dem
Schuldendienst wird eine solche Senkung nie genügen. So
wird man es vielleicht mit Zinsverminderungen versuchen.
Gleichzeitig wird man jedoch gezwungen sein, eifrig zu
stabilisieren und schleunigst nach Mitteln zur Ankurbelung
der Wirtschaft zu suchen. Denn ohne eine einigermaßen
normal laufende Wirtschaft ist auf die Dauer keine Stabili-
sierung möglich. Das Anstreben der Wirtschaft bedingt aber
wieder Auslandskredite, und deren Aufnahme ist
wieder von der Regelung der französischen
Kriegsschulden an Amerika abhängig, um die das

Kein Abbruch der Beziehungen mit Mexiko.

In Washington nicht einmal erwogen.

Washington, 14. Januar. (W.Z.) Staatssekretär Kellogg hat
die Ermächtigung gegeben, mitzuteilen, daß eine Zurückberu-
fung des Botschafters Sheffeld aus Mexiko vom Staatsdeparte-
ment nicht in Erwägung gezogen und im Staatsdepartement
nicht erörtert worden ist.

Schanghai in Sorge.

Europäische Vorbereitungen gegen den drohenden Aufruhr.

London, 14. Januar. „Daily Telegraph“ meldet aus Schanghai:
Mit der Ankunft des amerikanischen Kreuzers Pittsbrough aus
Manila, der den amerikanischen Flottenkommandeur mitgebracht hat,
beginnen die Pläne für die Verteidigung Schanghais fester Gestalt
anzunehmen. Es herrscht die Ansicht, daß Schanghai ganz unab-
hängig von den Besprechungen zwischen dem englischen Vertreter
O'Malley und dem südchinesischen Außenminister Tschang in Hankau
zweifelslos der Schauplatz erster Unruhen werden wird,
sogar noch vor Ankunft der Kantonesen. Die Eingeborenenstadt
wird stark aufgewiegelt. Diese Schwierigkeiten werden wahrscheinlich
die Gestalt einer Reihe von immer heftiger werdenden Streiks
sowohl in den chinesischen als auch den ausländischen Betrieben an-
nehmen, bis ein Funken die ganze Stadt aufflammen läßt.

Obwohl man in Londoner amtlichen Kreisen hofft, daß sich die
Notwendigkeit dazu nicht ergeben wird, wird die internationale
Niederlassung in Schanghai erforderlichenfalls von der britischen
freiwilligen Wehr entschlossen verteidigt werden, die von

Rabinett Poincaré bisher herumgegangen ist wie die Kacke um den heißen Brei.

Man sieht, es sind noch viele Probleme zu lösen, ehe man in Frankreich wird sagen können, daß man über den Berg sei. Die Frage bleibt jedoch offen, ob Herr Poincaré heute und morgen noch genügend Unterstützung finden wird, um selbst an die Lösung aller dieser Probleme heranzugehen.

Haut den Juden!

Die völkische Studentenschaft läßt die Maske fallen.

Der völkische Teil der Studentenschaft hat sich die „Deutsche Zeitung“, deren Schriftleiter Sodenstern in der letzten Zeit wieder eine eifrige Tätigkeit gegen die Republik entfaltet, zu ihrem Tummelplatz ausersehen. Da erheben die Köfener Corps, die völkischen Akademikerverbände und die rabiaten Würzburger lärmenden Einspruch gegen die „Vergewaltigung“ der Studentenrechte durch das Kultusministerium. Die einen sehen in den Maßnahmen eine Vergewaltigung der Studentenschaft, die anderen den Versuch einer Politisierung, die dritten packt die Angst um ihre „kulturellen“ Belange. Laßt sie schreien! Es besteht ohnedies kein Zweifel über ihre geistige Einstellung.

Von größerem Interesse ist dagegen eine Zuschrift aus den Kreisen der Deutschen Studentenschaft selbst. Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft hatte es zunächst mit der Angst bekommen, als er vom Kultusministerium vor eine klare Entscheidung gestellt wurde, und es sorgfältig vermied, auf seine die großdeutsche Bewegung sabotierende Antisemitisierbarkeit einzugehen. Die Zuschrift läßt die Maske fallen. Sie rechnet vor, daß 10 Proz. der Wiener Bevölkerung zwar österreichische Staatsangehörige, aber tschechischer Nationalität sind, und daß allein an der medizinischen und nationalökonomischen Fakultät der Universität Wien 55 Proz. der Studierenden österreichische Staatsangehörige sind, die an deutscher Kultur, Sprache und Sitten keinen Anteil haben. In der Hochschule für Welthandel liegen die Verhältnisse nach dieser Berechnung noch ungünstiger. Diese Elemente hat der völkische Vorstand der Deutschen Studentenschaft von der Gleichberechtigung an deutschen Universitäten ausgeschlossen. Er hat an der Verfassung Deutsch-Österreichs, die eine Naturalisation jedes Angehörigen der alten Habsburger Monarchie nach zweimonatiger Aufenthalt in der Republik zuläßt, eine Korrektur vorgenommen.

Ein wertvolles Geständnis! Der völkische Vorstand der Deutschen Studentenschaft erlaubt sich also nicht nur, gegen den Geist der deutschen Verfassung zu verstoßen, er erlaubt sich auch, die Verfassung eines durch Blutbande verbundenen Nachbarstaates zu mißachten. 10 Proz. der Bevölkerung Wiens, die dort als Staatsangehörige gelten, werden mit einem Federstrich aus der Landkarte gestrichen. Bis über 50 Proz. der immatrikulierten Studenten, die der Staat Deutsch-Österreich als gleichberechtigt anerkennt, schiebt der Vorstand der Deutschen Studentenschaft mit der Rechtschaulchei bei Seite. Schöne sachliche Arbeit! Saubere großdeutsche Politik! Man darf dafür sein, daß er einmal in diese Zustände hineingeleuchtet hat.

Der Beauftragte leistet sich bei dieser Gelegenheit eine kleine Irreführung. Er versucht es so hinzustellen, als sei der demokratische Kultusminister einem Druck der „Mazisten“ zum Opfer gefallen, wenn er sich entschlossen hat, die Rechtschaulchei der Völkischen gegen die völkische Miswirtschaft selbst anzufügen. Wichtig ist, daß die sozialdemokratische Fraktion des Landtages den Anstoß zu einem energischeren Vorgehen gab, wie die sozialdemokratische Partei überhaupt im Kampf um den Anstoß Deutsch-Österreichs an erster Stelle steht. Der Beauftragte der Deutschen Studentenschaft vergißt nur hinzuzufügen, daß

im Landtag diesem Antrag eine Mehrheit beigetreten ist, die sich bei späteren Beratungen in Kultur-ausschuss noch verbreiterte. Aber diese Tatsache ist dem Vorstand der Deutschen Studentenschaft unbenutzt. Er weiß, daß das Recht auf Seiten des Kultusministeriums ist. Er weiß, daß er nach der Entscheidung des Landtages auch gegen den Willen der Volksvertretung handelt. Es ist ihm bewußt, daß seine Haltung verfassungswidrig in keiner Weise zu rechtfertigen ist. Deshalb wird versucht, die klaren Tatsachen zu verschleiern.

Die Zuschrift aus den Kreisen der Deutschen Studentenschaft zeigt deutlich, wie unhalbar die Stellung der völkischen Vorstandes der Studentenschaft ist. Er kämpft heute schon auf verlorenem Posten.

Wirtschaft, Horatio!

Vom Kartell republikanischer Studenten an der Universität Leipzig wird uns geschrieben:

Es ist in der Öffentlichkeit kaum bekannt und wird wahrscheinlich viele Kreise außerordentlich überraschen, daß bereits seit dem Februar 1923 die Leipziger Studentenschaft eine Verfassung besitzt, die in der Frage der Zugehörigkeit zur Studentenschaft fast wörtlich mit der Verfassung übereinstimmt, auf Grund deren heute die Heidelberger Studentenschaft aus dem sogenannten Gesamtverband „Deutsche Studentenschaft“ ausgeschlossen ist. Sie enthält genau dieselben Formulierungen, wie die im Preussischen Landtag angenommenen Änderungsanträge, deren Anerkennung heute der Vorstand der Deutschen Studentenschaft so hartnäckig verweigert.

Das in Frage kommende Stück 2 (Zugehörigkeit) der Leipziger Verfassung lautet:

1. Die Mitgliedschaft zur Studentenschaft der Universität besitzen die Studierenden deutscher Staatsangehörigkeit.
2. Auf Antrag muß die Mitgliedschaft zuerkannt werden a) den Studierenden deutscher Nationalität, die vor dem 11. November 1918 die deutsche Reichsangehörigkeit besaßen, b) den Studierenden deutschösterreichischer Staatsangehörigkeit, c) den auslandsdeutschen Studierenden, sofern sie von der Hochschulbehörde als Auslandsdeutsche anerkannt sind.

Die Heidelberger Verfassung lautet ganz ähnlich und in dem preussischen Änderungsanträgen lautet der eine entscheidende Paragraph, gegen dessen Durchführung sich die Deutsche Studentenschaft sträubt:

„Die vollmatrikulierten Studierenden deutscher und österreichischer Staatsangehörigkeit, sowie die auslandsdeutschen Studenten, die vom Rektor als solche anerkannt sind, an einer Universität oder Technischen Hochschule, bilden die Studentenschaft.“

Die Leipziger Verfassung ist nach langem Kampf auf dem Studententag in Innsbruck im Juli 1924 ausdrücklich durch einen entsprechenden Antrag von der Deutschen Studentenschaft anerkannt worden. So bietet sich denn das groteske Schauspiel, daß eine deutsche Studentenschaft, die das Rasseprinzip ausdrücklich ablehnt, ungeschoren Mitglied der Deutschen Studentenschaft jahrelang gemessen ist, daß aber eine Studentenschaft in dem Augenblick, wo sie eine solche Verfassung nunmehr auf das Drängen eines Ministeriums hin durchführt, aus dem Gesamtverband ausgeschlossen wird. Wir fordern den Vorstand der Deutschen Studentenschaft auf, konsequent zu sein und Leipzig schleunigst auszuschließen; andernfalls bleibt nur die Möglichkeit, die Heidelberger Verfassung anzuerkennen und die Anordnungen des preussischen Kultusministers durchzuführen. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht, denn es ist unmöglich, einer Studentenschaft eine nicht rassennäßig orientierte Verfassung zu belassen und eine andere wegen einer solchen Verfassung auszuschließen.

Was sagt Gessler dazu?

Gießen, 14. Januar. (S.M.R.) Geschehungen jüngster Besuche im Einklang in die Reichswehr hat das Reichskommando in Gießen mit der ausdrücklichen Aufforderung beantwortet, sich zunächst einmal bei dem Oberfeldwebel a. D. Wilhelm in Hanau, dem Vorsitzenden der dortigen Deutsch-

nationalen Volkspartei, zu melden. Dieser Herr, dessen Bemühungen um einen Reichswehrersatz nach den Wünschen der Reichswehrverbände schon mehrfach gekennzeichnet wurden, hat überdies kürzlich auf einer Junglandbundesversammlung in Meerholz bei Hanau die jungen Landwirte in öffentlicher Rede aufgefordert, sich zum Eintritt in die Reichswehr zu melden, da wir für unser Heer „brave deutsche Männer“ brauchen und keine Angehörigen der Linksparteien dafür in Frage kommen dürften.

Die Presse im Gerichtsaal.

Reverend von Potsdam. — Protest des Redakteurverbandes.

Gegen das selbstherrliche und ungehörige Verhalten des Potsdamer Landgerichtsdirektors richtet sich die folgende Entschliessung des Bezirksverbandes Berlin im Reichsverband der deutschen Presse:

„Der Vorstand des Bezirksverbandes Berlin im Reichsverband der Deutschen Presse hat mit Befremden davon Kenntnis genommen, daß Herr Landgerichtsdirektor Westerkamp als Vorsitzender einer Strafkammer in Potsdam den anwesenden Vertretern der Presse einen Revers zur Unterschrift vorlegte, nach dem sie sich verpflichten sollten, in dem zur Verhandlung stehenden Prozeß vor Verkündung des Urteils nichts über die Aussagen des Angeklagten und der Zeugen zu berichten.“

Die Vorlegung dieses Reverses ist ein unzulässiger Eingriff in die Freiheit der Presse, dem jede gesetzliche Grundlage fehlt. Wenn wirklich ein prozessuales Interesse an der Zurückhaltung der Berichterstattung vorlag, so hätte ein Appell an die Loyalität vollkommen genügt. Der Zwang zur Unterschrift bei Verkündung sonstiger Ausweisung ist eine Verletzung der Würde der Presse, gegen die von der Organisation der Redakteure und Mitarbeiter der scharfste Einspruch erhoben werden muß, um so mehr, als der Vorsitzende sogar zur tatsächlichen Ausweisung eines der Berichterstatter geschritten ist.

Der Vorstand des Bezirksverbandes ersucht von der Dienst-aufsichtsbehörde, daß sie Herrn Landgerichtsdirektor Westerkamp darauf hinweist, daß ihm kein Recht zu seinem Vorgehen zusteht und daß er das Ansehen der Presse in Zukunft zu wahren habe.“

Das Redeverbot gegen Hitler.

Die Sozialdemokraten für seine Aufhebung.

Der Rechtsausschuss des Reichstags hat gestern, wie schon gemeldet, auf Antrag des Genossen Rosenfeld die Reichsregierung ersucht, „bei den beteiligten Landesregierungen darauf hinzuwirken, daß vorbeugende, der gesetzlichen Begründung entbehrende Rede- und Versammlungsverbote nicht erlassen werden“. Der Beschluß richtet sich, wie aus der vorausgegangenen Debatte hervorgeht, ebenso gegen die Unterbindung der Versammlungsfreiheit der Kommunisten durch die bayerische Regierung wie auch gegen die landesrechtlichen Redeverbote gegen den Führer der Völkischen, Herrn Adolf Hitler.

Die Redeverbote gegen Hitler werden damit begründet, daß er ein Ausländer sei und als solcher die besonderen Freiheitsrechte, die Verfassung und Gesetz dem deutschen Staatsbürger zugestehen, nicht besitze. Wir gestehen, daß wir, wie allen Beschränkungen der demokratischen Freiheitsrechte überhaupt, besonders auch dieser Begründung mit starken Bedenken gegenüberstehen. Hitler ist Deutscher, ein paar Kilometer östlich der bayerischen Grenze als Deutscher geboren. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß alle Deutschen diesseits und jenseits der Grenzen zueinander gehören und daß insbesondere Deutschland und Österreich eine Einheit bilden, die nur durch ein Diktat der Sieger auseinandergehalten wird, dann erscheint die Konstruktion, die Hitler als Ausländer außerhalb der deutschen Verfassungsrechte stellt, doch als ganz außerordentlich formaljuristisch gekünstelt. Auch politisch gesehen scheint es uns verfehlt, Herrn Hitler als einen Mann erscheinen zu lassen, der durch die unheimliche Benutzung seines Redewerkzeugs den Staat umwerfen könnte. Darum würden wir uns freuen, wenn es Hitler — auf Antrag des Genossen Rosenfeld — erlaubt würde, gegen die Juden zu toben, wie es ihm beliebt.

Begräbnis hinter Malta.

Von Walther G. Oshlewi.

Kaum daß wir die junge Wirtin vom „Afrikanischen Rond“, Sinora Bellorini, die mit nassen Augen und angekniffenen Wangen auf der Hafenmole von Caporetta stand und Abschied winkte, aus den Augen verloren, gab es auf unserem Kasten ein schwarzes und schmerzliches Unglück.

Tausend gute Schiffslängen hinter Malta, das wir eben gedrückten Rutes verlassen hatten, wurde plötzlich der baumlange Kiebald krank. Grad hatte er noch gesund und kräftig in den Wind gespuckt, wankte er nun, zitterte, wurde bleich wie eine Kalkwand und fiel, lang und breit wie er war, auf die Planken.

Die Inseln Gozo, Comino, Cominetto und Filisola, über die ein tiefblauer Himmel schwamm, leuchteten noch zu uns herüber; wenn man will, war das ein letzter Gruß von Europa.

Die Aufregung an Bord war natürlich groß. Alle liebten sie Kiebald, diesen hilfsbereiten, kreuzgezeiten, windbesahenen Kerl. Der alte Josua lies hin und her, wie angepöffert, und fluchte: „Warum hat Kiebald die angelaute Ziegenmilch gekostet? Ist überhaupt keine Suppe für einen Seemann! Ich sag es ja immer, aber niemand hört auf mich. Wenn auch alles erst durch meinen verrosteten Bart muß: Kinders, da seht ihr's wieder, es ist doch richtig, was der alte Josua sagt. Nun schlägt der verdelbelte Topphus den armen mastklobigen Kerl hin. Schade um ihn. Wird wohl nicht mehr viel zu helfen sein.“

Tim Wulper spuckte: „Kiebald muß von den Brettern!“ Schaum stand schon auf seinem Mund; ein blaues, schwarzgründeres, rottaubiges Gift. Irgendwem Gift. Ich mußte an Digo denken, die jetzt im „Strammen Hecht“ mit Riggern und Stadtrufen durch die Stube wadelt und auch an Kiebalds Rutter in Holstein. Alltäglich wirft sie Sand in das Meer; heidnisches Zeichen, Bräute, Gruß und Liebe.

Mit Kiebald ging es zu Ende.

Um 4 Uhr nachmittags, an einem hellgelblichen Donnerstag, verchied er in unseren Armen. Fünf Minuten ward die Maschine abgestellt. Das Meer lag ruhig neben uns und atmete kaum. Keine Glocken läuteten über Kiebalds Leib.

Seine letzten Worte fanden wir aufgeschrieben zwischen Schiffspapieren auf einem ausgerissenen Katechismusbild. Es waren die: „... bin ich tot, soll Wasser Leib und Seele waschen.“

Wir hätten ihn sowieso über Bord werfen müssen. Die Anstreckungsgefahr auf einem alten Kahn ohne Arzt, nur mit einer verbluderten Apotheker, ist zu groß, um fromme Wünsche respektieren zu können. Geheh bleibt Geheh. Kohlen werfen, scheuern, laden war unsere Arbeit, zeitnehmens. Einige Tage, manchmal einige Wochen, durften wir Frauen haben. Schnaps und Variété. Sonst gab's nichts weiter als recht schnell für James Simons in Alexandria zu sein.

Oder in Bombay. Oder in New York. Oder wieder zurück nach Hamburg.

In der heranbrechenden Nacht schnallten wie den toten Kiebald also, wunschgemäß oder nicht, auf ein Brett, hingen drei Band Eisen daran. Josua murmelte umständlich ein kurzes Gebet, das mit: „Kiebald, das Meer froh dich zwanzig Jahre“ ausklang.

Unzählige Sterne wanderten den Himmel herauf. Ein leichter Wind rief sich an unseren Kleidern. Um Mitternacht glitt Kiebald, ein Stück Tob, ein Stück Leben von ehedem, von Josua, Timm, Baldrian, Pause und und einigen anderen betrauert, ins Meer hinab.

Wieder seigten die Maschinen aus. Der Schiffsbund winkselte. Das Herz eines jeden dieser bärtigen, salzzerstossenen Männer schlug in der Kehle minutenlang.

Die ganze Nacht wachten wir und sossen einen scharfen Schnaps hinunter. „Warum gerade der,“ fluchte Wulper, und stieß beide Fäuste gegen die Schläfen, „warum gerade Kiebald, warum nicht irgendein Sauhund, ein schlapper Berräter?“

Mittebad, der Steuermann hatte, warf gerade das Ruder herum: es war der 6. Oktober, es ging Afrika zu.

Brandkatastrophen.

Die furchtbare Panikkatastrophe bei dem Brande des Palastinos von Montreal in Kanada, bei der mehr als 100 Menschen ums Leben kamen, ruft die Erinnerung an andere furchtbare Panikkatastrophen wach, die ungeheure Menschenopfer forderten. Eine der entsetzlichsten Unglücksfälle ereignete sich, als Napoleon I. mit seiner jungen Gemahlin Marie Louise beim österreichischen Botschafter in Paris zum erstenmal nach seiner Vermählung zu Gast war, wobei das große Salageit abbrannte und unzählige Herren und Damen der Hofgesellschaft ihren Tod fanden. Ein ähnliches Unglück ereignete sich fast 100 Jahre später bei dem großen Brande auf dem Wohltätigkeitsbazar zu Paris, wo mehr als 100 Menschen starben.

Die entsetzlichsten Menschenopfer aber, die forderten stets die Theaterbrände, wie der erwähnte Brand in Montreal. Eins der furchtbarsten Brandunglücke wird schon aus dem Jahre 1689 gemeldet, wo die große Oper in Kopenhagen abbrannte. Hier erlitten nicht weniger als 210 Menschen den Feuerstich. Aber auch diese Anzahl von Opfern ist noch nicht die größte, denn bei der Vernichtung des Kgl. Theaters in Amsterdam im Jahre 1772 starben 300 Menschen, und beim großen Brande des Ringtheaters in Wien am 9. Dezember 1881 kamen 450 Menschen ums Leben. Aber auch diese Zahl wird noch durch neuere Theaterkatastrophen übertroffen, denn die furchtbare Feuersbrunst beim Theaterbrände von Chicago im Jahre 1904 forderte 550 Opfer und endlich die Katastrophe des Lehmann-Theaters in Petersburg sogar die ganz ungeheure Zahl von 800 Menschenleben, da damals fast sämtliche Besucher des Theaters umkamen. Das Theater war so schlecht gebaut, daß kein Mensch sich retten konnte und nur durch Zufall gelang es einigen wenigen, die Ausgänge zu erreichen.

Bei uns in Deutschland ist nach der Polizeiverordnung vom Jahre 1909 die bauliche Anlage und innere Einrichtung eines Theaters so zu gestalten, daß Feuergefährten nicht nur verhütet

werden, sondern daß auch, falls trotzdem Feuer ausbricht, sofort die schärfsten Abwehrmaßnahmen möglich sind. In jedem Theater muß eine Wasserleitung vorhanden sein. Ferner müssen Feuerlöschhähne und auf der Bühne Regenvorrichtungen angebracht werden, durch die die ganze Grundfläche der Bühne einschließlich des Schnürbodens bedeckt wird. Die Regenvorrichtung muß nicht nur vom Bühnenraum aus, sondern von einer außerhalb gelegenen geschützten Stelle in Tätigkeit gesetzt werden können. Außerdem müssen auf jeder Seite des eisernen Vorhanges sogenannte Theaterdrausen angebracht werden, die an einem stets unter Druck stehenden Gummispiralschlauch angeschlossen sind. Auch Handfeuerlöcher müssen in genügender Anzahl vorhanden sein, ebenso wie durch Brandmauern die Feuersicherheit des Theaters gemehrt werden muß.

Alfred Döblins Ias im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses aus seinen Werken am fünften Dichterabend des Verbandes Deutscher Erzähler. Er begann den Vortrag mit einem Kapitel aus seinem letzten Roman „Berge, Meere und Giganten“. Es war der Abschnitt, der den Angriff der Menschen auf die Vulkan-Inseln schildert. Das großartige Bild einer von phantastischer Technik beherrschten Zukunft entrollte sich vor den Hörern, von der Wucht des Vortrages viel stärker noch geballt als bei der Lektüre wirkt. Troßdem und trotz aller Schönheit der Sprache fehlt — wie es auch der Beifall an diesem Abend zeigte — diesem Roman Döblins die Gewalt der Ueberzeugung, die seinen anderen Werken innewohnt. Er fesselt, er interessiert; doch er zwingt uns nicht. Unergründlich härter wirkte das Kapitel von Tillins Tod aus dem ebenfalls bereits erschienenen Roman „Wallerstein“, das in scheinbar nüchternster Sachlichkeit eine Zeit und ihre Menschen in unsere Gegenwart hineinbeschwor. Aus einem unverfälschten, in freien Rhythmen geschriebenen Epas „Manas“ hörte man ebenfalls Teile, die einen Rückblick auf das ganze Welt allerdinge noch nicht zuließen. Doch fand dieser Gang einer großen Liebe, den Döblin mit dichterischer Kraft zu gestalten wußte, mit Recht den warmen Beifall der Hörer.

Die Sektion für Dichtkunst der Preussischen Akademie der Künste tritt in einer lebendigen Kundgebung für die Verlängerung der Schutzfrist geistigen Eigentums von dreißig auf fünfzig Jahre ein.

Vierte Tagung der Volksbühne. In der vierten Tagung der Volksbühne G. 9. wird Gertha Reich mit ihrer Gruppe neue Töne zeigen. Diese Matinee findet am Sonntag, dem 30. Januar, statt, wie üblich, im Theater am Bülowplatz. Karten zum Preise von 1,20 RM sind schon jetzt in den Geschäften der Volksbühne (Minierstraße 227, Weg der Republik 7, Buchhandlung Köpcke'scher Str. 68 usw.) erhältlich.

Maler, die keine Maler sind. Der Axel Juncker Verlag beanträgt vom 17. Januar bis 30. Februar eine Silberausstellung von Nicht-Keramikmalern. An der Ausstellung sind vertreten u. a.: Gertraud Schilke, Gertraud Roder, Otto Kersch, Gertrud Kersch, Margarete Jacobson, Antonie Ramin, Elle Lohrer-Schäfer, Arno Kabel, Joachim Ringelnatz, Albert Steinhilber.

Im Rahmen der „Kammerausstellung der Firma Reich & Pöhlmann“ ist heute, abends 8 Uhr, Dr. Arthur Ernst Kurra auf einem Rosenband „Koo“ die Novelle „Apollonaris Satogoten“. Eintrittskarten zu 2,—, 1,— und 1,— R. bei Reich & Pöhlmann (Bismarck 1062) und an der Abendkasse erhältlich.

'Soziale Störungen' im Bürgerblock.

Geständnisse der „D.N.Z.“

Die aus Mitteln des Auswärtigen Amtes finanziell unterhaltene „D.N.Z.“, das frühere Sinnesblatt, sieht übrigens bei den bürgerlichen Parteien „soziale Störungen“, die schleunigst behoben werden müßten:

Die in unserer Zeitung veröffentlichten Aufsätze von Sambach und Stapel zeigen deutlich, daß auch innerhalb der für jede Regierungsverwicklung maßgebenden Parteien „Störungen“ sozialer Natur eingetreten sind, die eine wachsende Gefahr für unser Staatsleben bilden. Mit Phrasen und äußeren Kompromissen kommt man um diese Klippen nicht mehr herum. . . . Eine Klärung dieser Verhältnisse wird sich sehr bald als unabwendbar herausstellen. Die Stellung der Deutschnationalen Partei z. B. würde in dieser Krise weitaus stärker und schwerer angreifbar sein, wenn eine deutliche Kundgebung die vielfach auftauchenden Zweifel und Bedenken zerstreuen könnte. Ohne geschriebene Programme überschätzen zu wollen, scheint uns eine klare programmatische Stellungnahme zu den diskutierten sozialpolitischen Aufgaben wie überhaupt zu der von Sambach gestellten sozialen Arbeitnehmerfrage als wichtigstes Gebot der Parteilichkeit. Man sollte recht bald erkennen, worum es sich in diesem Augenblick dreht und was für die Entwicklung der Parteien auf dem Spiele steht.

Das Blatt des Auswärtigen Amtes will also, daß „der Graf“ ein sozialpolitisches Traktat befehle, um damit die sozialpolitische Arbeitnehmerfrage Sambachs zu erledigen. Nun sind aber sozialpolitische Fragen so harte Interessensfragen, daß selbst „der Graf“ sie nicht leichtlich erledigen kann. Zudem befinden sich im deutschnationalen wie im volksparteilichen Lager bisher christlich-gewerkschaftlich wie gelb-wirtschaftsfriedlich gebundene Kräfte. Sollen auch diese Gegensätze durch den Grafen oder durch Herrn Scholz aus der Welt proklamiert werden?

Der Kriegslastetat.

Der Ausschuss beschließt genaue Kontrolle.

Im Ausschuss für den Reichshaushalt wurden in der Donnerstags-Sitzung die Haushalte der Reichswehr, der Kriegslasten und des Reichstags nach längerer Aussprache, die für eine breitere Öffentlichkeit wenig Interesse bot, unverändert verabschiedet. Von Bedeutung war nur daß der Haushaltsausschuss bei der Behandlung des Haushalts für die Kriegslasten zur besseren Kontrolle der Verwaltung wieder einen kleinen Schritt nach vorn gemacht hat. In diesem Haushalt wird u. a. ein Sammelfonds für vermehrte Ausgaben in Höhe von 18 Millionen Mark verlangt. Aus diesem Sammelfonds sollen alle möglichen Ausgaben bestritten werden: restliche Entschädigungszahlungen für Reparationen, Restitutions- usw. Leistungen, Ausgaben zur Behebung von Noisständen, Aufwendungen für soziale Fürsorge, Kosten von Auslegungsausschüssen und Schiedsgerichten sowie unvorhergesehene Ausgaben, die infolge des Versailler Vertrages und seiner Vor- und Nachträge notwendig werden. Vom Genossen Müller-Franken ging der Antrag ein, daß die Regierung über die Spezialverwendung dieses Ausgabe-fonds dem Haushaltsausschuss alle drei Monate Rechenschaft geben solle. Die Regierung widersprach dem Antrag mit der schon oft gebrauchten Motivierung, daß der Reichstag ja später bei der Rechnungslegung von der Verwendung dieses Fonds Kenntnis erhalten würde. Der Ausschuss nahm aber den sozialdemokratischen Antrag einstimmig an. Ein zweiter Antrag Müller-Franken, den Fonds von 18 Millionen auf 8 Millionen herabzusetzen, fand leider eine Mehrheit nicht.

Eine längere Aussprache entspann sich dann noch bei dem Etatposten im Kriegslastetat, der die Gewährung einmaliger Beihilfen an die für die Anfertigung von Waffen, Munition und Kriegsgeschützen fabrikierenden Fabriken vorsieht. Genosse Stücken verlangt eine genaue Nachprüfung dieses Postens, und es wurde nach einer längeren Debatte beschlossen, eine kleine Kommission zu beauftragen, an Ort und Stelle die Verhältnisse in diesen Fabriken nachzuprüfen. Dieser kleinen Kommission sollen auch die Verträge vorgelegt werden, die die Heeresverwaltung mit den in Betracht kommenden Fabriken abgeschlossen hat.

Skandal in Braunschweig.

Der Vorsitzende der Deutschnationalen der Rötigung überführt. — Die schwarzweißroten Regierungsinstanzen weigern sich einzugreifen.

Braunschweig, 13. Januar. (Eig. Drahtber.) Ein neuer politischer Skandal beschäftigt jetzt das Land Braunschweig. Die Sozialdemokratie des Braunschweiger Landtags hat erreicht, daß sich ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss mit der sehr merkwürdigen Personalpolitik der schwarzweißroten Regierung beschäftigt. In diesem Ausschuss kam am Donnerstag u. a. folgender Fall zur Sprache, der atemberaubend belegt wurde:

Im Jahre 1911, also vor fast 16 Jahren, fand in Braunschweig ein Ehescheidungsprozess statt, in dem der damalige Landrichter Dr. Köpke mit zwei anderen Richtern das Urteil fällte. Das Urteil beschugte zwar dem einen Teil nicht, der den damaligen herzoglichen Justizminister anrief. Dieser fand jedoch keinen Anlaß zur Anfechtung des Urteils. Der inzwischen Landgerichtsrat gewordene Dr. Köpke ist Demokrat und deshalb den Schwarzweißroten im Wege. 16 Jahre nach dem Urteil erscheint bei ihm der Studienrat Baumann, der Landesvorsitzende der Deutschnationalen und erklärt Köpke:

„Wenn Sie Ihre politische Betätigung nicht einstellen, werden meine Leute das Urteil von 1911 veröffentlicht.“

Dr. Köpke beschwerte sich darauf beim Landgerichtspräsidenten Devon, der diese Sache dem Justizminister unterbreitete mit dem Antrag auf Bestrafung Baumanns. Der Justizminister forderte vom Generalstaatsanwalt Holland ein Gutachten ein. Holland ist auch schwarzweißrot und ferner Kirchenrat. Er erklärte, ein Strafverfahren sei zwecklos, da wohl Bestrafung nicht erfolgen wird. Schließlich fragte der Justizminister noch beim deutschnationalen Landeschulrat für das höhere Schulwesen an, ob gegen Studienrat Baumann disziplinarisch vorgegangen werde. Der Landeschulrat antwortete, es liege dazu kein Grund vor, denn Baumann habe keine Handlung in seiner Eigenschaft als Abgeordneter begangen! So kommt es, daß der deutschnationale Studienrat ungestraft gegen einen politischen Wiberfacher Rötigung begehen kann, obwohl das Strafgesetzbuch für dieses Delikt Gefängnis vorsieht.

Der Untersuchungsausschuss wird am 21. Januar durch Vernehmung der Beteiligten die Darstellung der amtlichen Akten bestätigen lassen.

Das Kreditgebaren der Staatsbank.

Dritter Tag des Barmatprozesses.

Als Landgerichtsdirektor Neumann zu Beginn des heutigen dritten Verhandlungstages die Sitzung kurz nach 10 Uhr eröffnete, mußte er feststellen, daß die Anklagebank sich wiederum ohne Wissen des Gerichts verkleinert hatte. Den gestern bereits abwesenden sechs Angeklagten hatte sich heute als siebenten Henry Barmat zugesellt, über dessen Richterscheinen selbst sein Verteidiger sehr erstaunt war, weil, wie dieser dem Gericht erklärte, Henry Barmat ihm ausdrücklich gestern versichert habe, er werde heute kommen, weil er „gerade Zeit habe“. Oberstaatsanwalt Raasch begnügte sich aber mit der Anwesenheit von vier Angeklagten, und zwar Julius Barmat, Rente, Dr. Hellwig und Hahle, und das Gericht gab sich schließlich auch mit dieser Tatsache zufrieden, da die anderen Angeklagten für den heute noch immer zur Erörterung stehenden Fragenkomplex der Beziehungen zwischen der Amerigima und der Staatsbank vorläufig nicht gebraucht werden. Das Gericht beschloß ferner die Hinzuziehung der Bücherfachverständigen Jonas und Below.

Der Vorsitzende richtete dann noch in Ergänzung seiner gestrigen Vernehmung einige Fragen an den Angeklagten Dr. Hellwig, vor allem Dingen dahingehend, ob er denn auch zu anderen Kunden die gleichen freundschaftlich-intimen Beziehungen aufrechterhalten habe, wie zu dem Inhaber der Amerigima Dr. Hellwig bestätigt das.

Im Anschluß hieran trug Rechtsanwält Lavote einen längeren Bemeisnstrag der Verteidigung Julius Barmats vor, der die Ladung von 12 weiteren Zeugen verlangte. U. a. soll Dr. Kühne von der Staatsbank darüber gehört werden, daß die Seehandlung über den Umfang der Amerigima nie im unklaren gewesen sei, ferner, daß sie an Banken noch ganz andere Kredite gegeben habe, zumal sie damals sich in einem großen Geldüberfluß befunden hätte. Der ehemalige Syndikus der Amerigima, Dr. Bernstein, der zurzeit in Paris lebt, soll bezeugen, daß Julius Barmat gegen die sogenannte „Lebensmittelausschließung“ bei den Staatsbankkrediten energisch protestiert und ihre Zurückziehung erreicht habe. Ferner soll er bezeugen, daß Direktor Linke von der Chromo-L.G. den Wert dieses Unternehmens Julius Barmat gegenüber auf 10 Millionen Mark geschätzt habe. Ein Dr. Halle soll bezeugen, daß die Direktion der Chromo-L.G. die Arbeiterchaft der Fabrik gegen die „dreizehn Berliner Juden“ aufgewiegelt und Sabotage getrieben habe. Ebenso soll Ministerialdirektor Raub als Zeuge über den Wert der Chromo-L.G. gehört werden, ferner der Landtagsabgeordnete Ernst Heilmann und der Bankier Blum aus Berlin, die im Hotel Bristol zugegen gewesen sein sollen, als Direktor Linke den Wert der Chromo-L.G. auf 10 Millionen Mark schätzte.

Die Staatsbank als Kreditgeberin.

Hierauf wurde der Sachverständige Staatsfinanzrat Soldat von der Preussischen Staatsbank vernommen, der über den Aufbau der Seehandlung und die Kreditpolitik der Generaldirektion eingehend berichtet wurde. Auf Befragen des Vorsitzenden schilderte der Sachverständige, daß in den triftischen Jahren 1923/24 die Generaldirektion aus dem Präsidenten, drei Mitgliedern, zwei Stellvertretern und einem kommissarischen Beirat bestanden habe, die die laufenden Geschäfte bearbeiteten. Auf Befragen des Gerichts verbreitete sich Staatsfinanzrat Soldat dann über die Frage der Kredite, bei denen er den Lombardkredit und den Kontokorrentkredit unterschied. Der Lombardkredit wurde durch die Kasse

der Staatsbank geregelt und überwacht, während der Kontokorrentverkehr unter Aufsicht der Generaldirektion durch die Korrespondenzabteilung seine Erledigung fand. Das Gericht verlangte von dem Sachverständigen nun die Angabe genauer Richtlinien, nach denen die Kredite vergeben wurden. Staatsfinanzrat Soldat erklärte jedoch auf die sehr eingehenden Fragen von Landgerichtsdirektor Neumann,

daß eine scharfe Unterscheidung eigentlich nicht stattgefunden habe, wenn auch Privatpersonen von der Staatsbank kein Lombardkredit eingeräumt werde.

R.-A. Juliusberger: Diesen Ausführungen muß ich widersprechen, Herr Sachverständiger, denn ich selbst bin Kunde der Staatsbank, und mir, ebenso wie anderen Privatpersonen ist zum Ankauf von Effekten usw. von der Kasse der Staatsbank wiederholt der billige Lombardkredit nicht etwa gewährt, sondern sogar direkt angeboten worden.

Sachverständiger Soldat: Das soll aber eigentlich nicht sein. Im Anschluß hieran kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen der Verteidigung und Staatsfinanzrat Soldat, in die auch der Angeklagte Dr. Hellwig wiederholt eingriff. R.-A. Juliusberger behauptete, daß gerade die Kontokorrentkredite bei der Staatsbank niedrigere Zinssätze hätten als die Lombardkredite, was der Staatsfinanzrat jedoch bestritt. Dr. Hellwig erklärte hierzu, daß alle diese Dinge scharfe Differenzpunkte zwischen ihm und Soldat gewesen seien. Im Gegensatz zur Auffassung des Staatsfinanzrats stehe er auf dem Standpunkt, daß noch ein Lombardkredit demjenigen gegeben werde, der mit bestimmten Unterlagen zur Staatsbank komme und einen Kredit verlange, ohne deshalb in laufenden Geschäftsverkehr mit der Staatsbank zu treten. Im Kontokorrentverkehr erhalte derjenige Kredit, der dauernder Kunde der Staatsbank sei. So, wie Staatsfinanzrat Soldat es darstelle, sei es vielleicht vor dem Kriege, nach dem Kriege aber bestimmt nicht mehr gewesen. Auch Dr. Hellwig bestätigte, daß wiederholt im Lombardkredit höhere Zinsen gefordert worden seien als im Kontokorrent. Dr. Hellwig wies dann weiter darauf hin, daß Staatsfinanzrat Soldat im Jahre 1923 mehr als ein halbes Jahr wegen Krankheit der Staatsbank ferngeblieben sei.

Als der Sachverständige dann weiter ausführte, daß vom Mai 1924 ab eine Vorschrift erlassen worden sei,

daß jedes wichtige Geschäft erst einmal der Generaldirektion vortragen werden müsse,

trat man in eine lange Erörterung über die Frage ein, was geschehen sei, wenn ein Referent trotz alledem einmal einen größeren Kredit ohne die Generaldirektion bewilligt hätte. Der Sachverständige erklärte, daß in einem solchen Falle eben der Präsident und die anderen Mitglieder die vollständige Tatsache zur Kenntnis nehmen müßten, daß aber das Geschäft selbst nicht rückgängig gemacht worden sei. Oberstaatsanwalt Raasch wies darauf hin, daß bereits seit dem Dezember 1923 eine Verfügung des Präsidenten der Staatsbank bestanden habe, wonach jeder Kontokorrentkredit und jeder Papiermarkkredit im Werte von über 300 Mark von der Entscheidung der Generaldirektion abhängig gemacht werden mußte. Der Sachverständige erklärte, daß diese Anordnung mehr für den inneren Dienstbetrieb bestimmt gewesen sei. Schließlich betonte der Sachverständige noch, daß die Barmat-Kredite mit einer Ausnahme bei der Werturbank sämtlich als Kontokorrentkredite gewährt worden seien.

Der Normalmensch.

Das Reichsgericht als Sittlichkeitswächter.

Der Schriftsteller Bruno Vogel war am 14. Januar 1926 vom Schöffengericht Leipzig wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften laut § 184 StGB. zu 500 M. Geldstrafe verurteilt worden. Sein Buch: „Es lebe der Krieg!“, sollte angeblich unzüchtige Schilderungen geschichtlicher Ereignisse aus dem Kriege enthalten. Die Anklage gegen ihn lautete außerdem auch auf Gotteslästerung. Doch hatte der Staatsanwalt sich im letzten Augenblick wenigstens in dieser Beziehung eines Besseren besonnen.

Der Berufungsinstanz vor der zweiten Strafkammer des Leipziger Landgerichts am 28. Mai 1926 lagen schriftliche Gutachten einer Reihe von Sachverständigen wie Thomas und Heinrich Mann, Fritz v. Harub, Magnus Hirschfeld und anderer prominenter Persönlichkeiten vor, die ebenso wie die vom Gericht vernommenen Sachverständigen Helene Stöcker, Kurt Hiller, Dr. Wichmann und Universitätsprofessor Dr. Jollis sich dahin geäußert hatten, daß das Buch des Genossen Vogel ein erschütterndes Kunstwerk verstelle, daß auf sittlich unverdorbene, gesunde Menschen abschreckend und sozialfördernd, nicht jedoch unsittlich wirken müsse. Das Gericht sprach darauf den Genossen Vogel frei.

Das sittliche Empfinden des Staatsanwalts konnte sich aber mit diesem Freispruch nicht zufrieden geben. So kam die Sache vor das Reichsgericht. Der Reichsanwalt erklärte: „Nicht Gelehrte oder Künstler haben darüber zu entscheiden, ob ein Werk unzüchtig sei, sondern einzig und allein der gesunde Sinn des Durchschnitts unserer deutschen Bevölkerung.“ Diesen „gesunden Sinn“ glaubte nun der Reichsanwalt in seiner Person zu verkörpern. Er ging aber sogar noch weiter und spielte sich auch als Beschützer der gottesgläubigen Christen auf. Er meinte: Die Frage der künftigen Absicht sei unerheblich. Allein der Standpunkt des Gottesgläubigen, der Mergernis nimmt, ist maßgebend. Die Herren Reichsrichter glaubten nun wirklich, Sittlichkeit und Kirche gefährdet und verwiesen die Sache an die Strafkammer des Dresdener Landgerichts zurück.

Wer ist nun als Normalmensch anzusprechen? Die Richter des Leipziger Schöffengerichts, die verurteilten, oder die des Leipziger Landgerichts, die freisprechen, oder die Herren Reichsrichter, die verurteilen wollen?

Die Kulturfreiheit der Staatsbürger.

Deutschlands Mitarbeit am Minderheitenschutz.

Breslau, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Direktor der Minderheitenabteilung im Völkerbund, Colban, beendete gestern seine Studien in Ostoberschlesien und begab sich zur Fühlungnahme mit den deutschen Staatsbehörden nach Westoberschlesien. In Oppeln gab ihm der Oberpräsident Dr. Proschke ein Frühstück, an dem auch der Präsident der Gemischten Völkerbundkommission für Ostoberschlesien, Calander, der Präsident des Gemischten Schiedsgerichtshofes, Kaaftenbeek, sowie Beamte der oberschlesischen Provinzialverwaltung teilnahmen. Der Oberpräsident erklärte in einer Rede, die Reichs- und Staatsregierung ebenso wie das oberschlesische Volk hielten unzerbrüchlich am Minderheitenschutz fest, den sie als eine heilige Aufgabe betrachteten. Das Recht jedes Staatsbürgers auf die Wahrung seiner kulturellen und individuellen Lebensführung sei eines der positiven Ergebnisse des letzten furchtbaren Ringens der

Weltgeschichte gewesen. Der Völkerbunddirektor antwortete in einer Ansprache, in der er besonders den Beitritt Deutschlands zum Völkerbund als eine Erleichterung der Genfer Arbeit für den Minderheitenschutz bezeichnete; er erklärte, daß er das Vertrauen in den guten Willen der deutschen Regierung habe.

„Freiwillige“ Vereine in der Sowjetunion.

Ihr Zusammenbruch wird zugegeben.

Es gibt in Sowjetrußland zahlreiche „freiwillige“ Vereine und Gesellschaften mit Millionen von Mitgliedern. Aber es wäre ein Irrtum, nach der Zahl der millionenförmigen „freiwilligen“ Vereine über den Grad der Entwicklung der proletarischen Selbstbetätigung in Sowjetrußland zu urteilen. Alle diese Vereine — die „Internationale Arbeiterhilfe“, „Hände weg von China“, „Biochemischer Verein“ und viele andere — sind keine Ergebnisse der proletarischen Selbstbetätigung, sondern Schöpfungen der Diktatur.

Nach der Aufhebung jeglicher demokratischer Freiheiten und der Unterdrückung der unabhängigen Öffentlichkeit, hat sich die bolschewistische Diktatur immer mehr von den Volksmassen isoliert. Die Gründung der „freiwilligen“ Vereine sowie die „Belebung“ der Sowjets und die Heranziehung der „ehelichen Parteilosen“ sind notwendig geworden, um irgendetwelche Erfahrmittel für eine Öffentlichkeit zu schaffen und den Abgrund zwischen der Staatsmacht und dem Volke zu überbrücken.

Es hat sich aber sehr bald erwiesen, daß die künstlich — von der Obrigkeit — geschaffenen Erfahrmittel der proletarischen Öffentlichkeit sich nicht bewährt und sich in leblose, offizielle Unternehmungen verwandelt haben. Jetzt wird der Zusammenbruch der sämtlichen Formen der „freien“ proletarischen Öffentlichkeit von den Bolschewisten selbst anerkannt und in der Sowjetpresse viel besprochen.

„Die gegenwärtige Krise der freiwilligen Vereinigungen“, schreibt die „Pravda“ Nr. 3, ist dadurch verursacht worden, daß man bestrebt war, möglichst viel Mitglieder heranzuziehen, ihnen die Groschen aus den Taschen zu ziehen und in jedem Betrieb Ortszweige sämtlicher öffentlicher Organisationen zu gründen. Aber von einer wahren Selbstbetätigung, von einer wahren Öffentlichkeit war kaum zu spüren. Die leitenden Organe der „freiwilligen“ Vereine haben die Arbeit durch einen besetzten Apparat geführt. Die Ortszellen der „freiwilligen“ Vereine wurden mechanisch angepflanzt. Selbst das Moskauer Komitee der R.P.D. der S.U. hat endlich einsehen müssen, daß die Jagd nach Mitgliedern, die einen solchen Verein nur formell beitreten, aufhören müsse, und daß der Grundjah der individuellen Mitgliedschaft mit aller Strenge durchgeführt werden müsse.“

Die Sache ist eben die, daß unter den Bedingungen der Diktatur eine nur scheinbare „Freiwilligkeit“ bestehen könne. Denn wer den „freiwilligen“ Beitritt verweigert, wird als ein „politisch Verdächtigter“ betrachtet. Die freiwilligen Beiträge und Sammlungen sind in Wirklichkeit obligatorisch. Die Organisation und die gesamte Tätigkeit dieser angeblich „freiwilligen“ Vereine stehen unter der Kontrolle der bolschewistischen Parteizellen und der staatlichen Organe.

Die wahre Ursache dieser Erscheinung liegt jedoch darin, daß proletarische Öffentlichkeit und Selbstbetätigung, die für den sozialistischen Aufbau unentbehrlich sind, mit der terroristischen Diktatur sich nicht vereinigen lassen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

„Hat das Tier eine Seele?“ und „Das Tier im Wandel der Geschichte“, lauten die Themen der Vorträge, die am Sonntag, dem 16. d. M., abends 7 Uhr, vom Weltbund zum Schutze der Tiere und gegen die Vivisektion im Freihaus-Saale, Köthener Str. 22, veranstaltet werden. Die Redner sind die Herren Dr. med. vet. Hammer und Dr. Hans Wolfgang Behm-Weipig. Vorverkauf an den Weltbund-Theaterkasten (50 Pf.)

Der Kampf um den Artikel 48 — Reichswahlreform — Wahlreform. Diese drei Themen wird die Ortsgruppe Berlin des Deutschen Republikanischen Reichsbundes zum Gegenstand ihrer Beratungen bei den Veranstaltungen der nächsten Zeit machen. Am Freitag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, wird Ministerialdirektor Dr. Fald über

des Thema: „Der Kampf um den Artikel 48“ sprechen. Im Anschluß daran sind bereits Diskussionsabend aus allen republikanischen Parteien vorgesehen. Dieser Diskussionsabend wird im Saal des Demokratischen Clubs, Viktoriaplatz 24, stattfinden. An die Verhandlungen schließt sich ein gefälliges Beisammensein. Eingeladen sind nicht nur die Mitglieder, sondern auch durch Mitglieder eingeführte Gäste. Einladungen können aus der Geschäftsstelle der Ortsgruppe, Berlin-Niederschlesische-Str. 40, bezogen werden.

Berlin der Freidenker für Feuerbestattung. Bezirk 6 Kreuzberg: Mittelfreier-Versammlung Sonntag, 17. Januar, 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus Engelauer 24/25. Tagesordnung: 1. Bericht über Jugendweibe 1927 und Bericht über Errichtung weltlicher Schulen im Bezirk Kreuzberg. 2. Bericht über die Gewerkschaftsversammlung vom 12. Dezember 1926. 3. Referat über 8 218 der RSD. Frau Apotheker Heiler-Neufuß. Genossen! Gebt die Antwort auf den lässlichen Angriff, der seitens ormer Verführer gegen den Genossen Carl Riffe in der

Veranstaltung am 16. Dezember 1926 auszuführen wurde. „Wir laden Sie herzlich ein mit freundlichen Grüßen aus der nächsten Versammlung“ wurde am 8. Januar 1927 von der Tribüne des ehemaligen Herrenhauses in die Reichs-Genossenschaftsversammlung hineingeworfen. Protestiert gegen solches Antippen-Freidenkertum im 6. Bezirk, erscheint in Wochen.

Arbeiter-Abhinenabend. Am 15. und 16. Januar Bodendurchführung in der Jugendherberge Driestlang: „Eine notwendige Wissenschaft“, die physische und psychische Wirkung des Alkohols“, Referenten Genossen Dr. Bräuer und Dr. Gock. Treffpunkt: Sonnabend 7 1/2 Uhr abends Bahnhof Driestlang, Sonntag 8,06 Uhr früh ab Bahnhof Driestlang bis Driestlang.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Gepp; Wirtschaft: G. Klugehüter; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Gahrn; Kultur: Dr. John Schlemmer; Totales und Genügend: Frau Karstädt; Religion: H. Glöde; Familie in Berlin. Verlag: Bormaris-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bormaris-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Seite 1 Beilage.

GROSSER INVENTUR- AUSVERKAUF

IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN!

Preise teilweise bis zur Hälfte herabgesetzt
Restbestände und andere Gelegenheitsposten enorm billig

Mengenabgabe vorbehalten • Kein Verkauf an Wiederverkäufer

Beginn: 3. Januar

Damen-Mäntel <small>aus Velours de laine-Stoffen, in vielen Ausführungen</small> jetzt	Serie I 7⁹⁰	Serie II 9⁷⁵	Serie III 14⁵⁰	Kostümröcke <small>für starke Damen, extra weit</small> jetzt	Serie I 4⁹⁵	Serie II 5⁹⁰	Serie III 7⁷⁵
Damen-Kleider <small>aus reinwollenen Stoffen, mit langen Ärmeln</small> jetzt	Serie I 9⁷⁵	Serie II 13⁷⁵	Serie III 18⁷⁵	Pullover <small>aus Kunstseide, in vielen Farben</small> jetzt	Serie I 5⁹⁰	Serie II 6⁹⁰	Serie III 9⁵⁰

Damen-Handschuhe 75 Pf.
Trikot, 2 Druckknöpfe

Damen-Handschuhe 125 Pf.
Schweden-Imit., mit Halbtutter, 2 Druckknöpfe

Kinder-Kleider 5⁹⁰ 8⁷⁵ 10⁵⁰
wollene u. halb-woll-Stoffe, mit lang. u. kurz. Ärm. viele Ausführ., Gr. 70-100, jetzt Serie I Serie II Serie III

Ein Posten einzelner Weißwaren 25 Pf.
darunter: Kragen, Westen, Morgenhosen 65, 45, 25 Pf.

Grosse Posten

Klöppelstücken u. Einfäbe 10, 5 Pf.

Strumpfwaren

Strümpfe für Damen, schwarz u. farbig 58 Pf.

Strümpfe für Damen, prima Nako oder Kunstseide, schwarz u. farbig 95 Pf.

Strümpfe für Damen, prima Seidenor, schwarz und farbig 1²⁵

Herren-Socken Baumw., einfarb. Doppels. u. Hochf. 58 Pf.

Damen-Wäsche

Damen-Hemden Trägerform 90 Pf. 1¹⁵

Prinzessröcke mit Stickerei 1⁹⁵ 2⁷⁵

Damen-Nachthemden 1⁹⁵ 2⁷⁵

Grosse Untertaillen 45 Pf. 75 Pf.

Kunstseidene Schlüpfer 1²⁵ 1⁷⁵

Kunstseidene Unterkleider 1⁷⁵ 2⁴⁵

Trikotagen

Schlüpfer für Damen, Baumwolle gewirkt, zum Unterleben 58 Pf.

Schlüpfer für Damen, Baumwolle, in vielen Farben 78 Pf.

Einsatz-Hemden für Herren 1⁹⁵

Herren-Hosen makofarbig, alle Größen 1⁶⁵

Ein Posten

Turnerhürzen 95 Pf.
aus Water und Kretonne

Grosse Posten Strickjäckchen u. Höschen 45 Pf.
Stück

Einzelne Korsette

Büstenhalter Trikot oder 45 Pf.

Strumpfbalter Gürtel

Herren-Artikel

Perkal-Oberhemden gefütterte Brust mit Krage 3⁹⁰

Perkal-Oberhemden steifer, 1 weiche Krag, apart-Streit 4⁹⁰

Binder 45, 75, 95 Pf. Keine Seide, ge- schmackv. Muster 1²⁵

Herren-Hüte moderne Formen u. Farben 2⁷⁵ 3⁷⁵

Damen-Schirme Topform, 12 teilig, gute Körperware 3²⁵

Damen-Taffethüte Kunstseide, mod. Form u. Farb. 2⁹⁰

Damen-Filzhüte moderne Farben u. Formen 3⁷⁵

Leder-Attashüte für Damen, Kunstseide, moderne Steklungen 3⁹⁰

Handarbeiten

9 gez. Quadrate 95 Pf.

Gezeichnete Kissen 75 Pf. an

Kissenplatten handgestickt von 1²⁵ an

Ovale Spitzendecken 50 x 90 cm, mit Einsatz garniert 1¹⁰

Schuhwaren

Damen-Leder-Spangenschuhe u. Strapazierer, gute Passform 4⁹⁰

Damen-Lack-Spangenschuhe mit Seitendurchbruch, mod. Form 7⁹⁰

Herren-Stiefel u. Halbschuhe schwarz, Bindbox, nam Strapazierer 8⁵⁰

Kamelhaarart-Umschlugschuhe Filz- u. Leder- sohle, Gr. 36-42 1⁹⁵

Laschenschuhe Kamelhaarart, mit Filz- und Ledersohle, Gr. 36-42 (Gr. 43-45) 1⁹⁵

Ein Posten

Herren- und Jünglings-Anzüge dunkle Farben, tadellose Verarbeitung 19⁰⁰ 29⁰⁰ 38⁰⁰

Serie I Serie II Serie III

Ein Posten

Herren-Hosen 4⁹⁵ 7⁵⁰ 10⁵⁰

Brocches u. lange Form, feste Strap., Qual. schön gestr. Muster

Monteur-Anzüge Hauttuch 4⁵⁰

Ein Posten Herren-

Gummimäntel gute Gummis, ung. gute Qualitäten: 12⁹⁰ 15⁵⁰ 19⁵⁰

Serie I Serie II Serie III

Kleiderstoffe

Schotten und Streifen 145 Pf. für Hüsen und Kleider Meter früher bis 1^{jetzt} 65 Pf.

Wollmusseline in vielen Mustern Meter 95 Pf.

Kostümstoffe grau gemustert, ca. 140 cm breit, Meter früher bis 2^{jetzt} 1⁷⁵

Reinwoll. Schotten in aparten Stellungen Meter 1⁹⁵

Renforceé ca. 80 cm breit Meter jetzt 48 Pf.

Makotuch ca. 80 cm breit Meter jetzt 75 Pf.

Haustwäsche

Küchen-Handtücher 48 Pf. weiss Gerstenkorn mit rote Kanis, ca. 45/100 cm jetzt

Stuben-Handtücher 78 Pf. ps. Halbweindrell, gestickt und gebändert jetzt

Deckbett-Bezüge von 3⁴⁵ an

Piester und Abschnitte teilweise bis zur Hälfte im Preise herabgesetzt

Seidenstoffe

Vistraseide Kunstseide, waschbar 3⁵⁰ 1³⁵

aparte Schotten Meter früher bis 3^{jetzt}

Rohseide naturfarb., reine Seide, ca. 85 cm breit Meter früher bis 3^{jetzt} 1⁹⁵

Helvetia-Seide ca. 85 cm breit, grosses Farbensortiment, Meter früher bis 3^{jetzt} 2⁸⁵

Köpersamt Lindener, II. Wahl, und Mengers, ca. 70 cm breit, schwarz und farbig Meter früher bis 8^{jetzt} 4⁹⁵

Blusenzephir viele Streifen, Nr. jetzt 48 Pf.

Kleiderfrotté ca. 100 cm br., Nr. jetzt 88 Pf.

Schlußtage: Freitag u. Sonnabend

HERMANN TIETZ

Belle-Alliance-Strasse • Kottbuser Damm

Die Tragödie dreier Mädchen.

Gemeinsamer Selbstmord im Müggelsee.

Aus dem Müggelsee wurde vor einigen Tagen die Leiche eines zunächst unbekanntem Mädchens gelandet. Dieser Leichenfund hat zur Enthüllung einer Tragödie geführt, die in ihren Motiven noch völlig dunkel ist.

Bevor man jedoch eine Spur gefunden hatte, wurde wie gefolgt, nachmittags eine Leiche angeschwemmt. Das Mädel mit dem Kleiderfund in Verbindung stehen. In einer der Handtaschen befand sich eine Angestelltenkarte auf den Namen einer im Jahre 1908 geborenen Lotte Weber.

Die Eltern stehen auch jetzt noch vor einem Rätsel. Sie nahmen sofort alle Ermittlungen auf, fanden aber keine Spur von den Vermissten. Erst der Leichenfund brachte Aufklärung über ihren Verbleib.

79 neue Grippefälle.

Die Zahl der an Grippe Erkrankten hat, wie zu erwarten, eine weitere Steigerung erfahren. Wie das Hauptgesundheitsamt mitteilt, hat die Zahl der Grippekranken, die in Berliner Krankenhäuser eingeliefert werden mußten, von gestern bis heute nur um 79 zugenommen.

Landarbeiters Ende.

23 Jahre hat der alte Ito Wilian als langjähriger Pferdepfleger zur vollen Zufriedenheit seines Vorgesetzten seinen Dienst getan. In diesen alten Tagen verlor er seine Kräfte hinaus seine Arbeit zu verrichten.

Die Mark im Bild.

In der Aula des Reform-Realgymnasiums an der Parkaue findet in der Zeit vom 7. bis 17. Januar eine Ausstellung bekannter Berliner Künstler, veranstaltet vom Volksbildungsamt Lichtenberg, statt.

Keine „kommunale Konferenz“. Die für heute angekündigte kommunale Konferenz findet nicht statt. Späterer Termin wird noch bekanntgegeben.

Doppelselbstmord in der Mehnertstraße. Aus Gram über die kürzlich erfolgte Ehescheidung verübte gestern die 32jährige Ida Endriat aus der Mehnertstraße 2 zusammen mit ihrem 7 Jahre alten Kinde Hans Selbstmord durch Einatmen von Zehrigas.

Die Post will die Kleinen schröpfen.

Der unmögliche Telephongebührenentwurf. — Wer wenig telephonierte, soll doppelt soviel zahlen als der Vielsprecher.

Der neue Entwurf über die Erhöhung der Fernsprechggebühren, den wir kürzlich veröffentlichten, steht bekanntlich die seltsamsten unsozialen und unfairen Bestimmungen vor. Jedes Gespräch soll in Zukunft, falls die neue postalische Weisheit wirklich zur Durchführung gelangt, statt 15 Pf. nur 10 Pf. kosten.

Die Staffelung der Grundgebühr ist wohl das wertwürdigste, was sich die Post bisher geleistet hat. Man höre nur: In einem Dorf, das weniger als 100 Anschlüsse hat, kostet die Grundgebühr monatlich 5 M. Städte mit 100 bis 500 Anschlüssen müssen bereits 6 M. bezahlen, doch derart kleine Orte kommen für die große Allgemeinheit kaum in Frage.

Jeder Kaufmann weiß, daß der Betrieb billiger arbeitet, je größer er ist. Ein Anschluß in Berlin, Köln, Leipzig und so weiter kostet die Post nicht den zehnten Teil dessen, was er in ganz kleinen Städten verschlingt, gar nicht zu reden von den Anschlüssen auf Gehöften und Dörfern, die aus drei Häusern bestehen.

Heiratschwindler verhaftet.

Das vorgeschwindelte Besitztum in Wiesenthal.

Ein raffinierter Heiratschwindler wurde dieser Tage durch die Aufmerksamkeit des Leiters einer Zeitungsfiliale unerschütterlich gemacht. Ein Mann, der sich Erich Bissau nannte, inserierte in einer Berliner Zeitung, daß er eine Frau suche.

Die Kolonialkrise des Imperialismus.

Die „Liga gegen koloniale Unterdrückung“, die mit den Nachbarorganisationen der ganzen Welt den internationalen Kongress gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus organisiert hat, der vom 8. bis 10. Februar 1927 in Brüssel stattfindet, hatte mit dem „Bund der Kriegsdienstgegner“ und den „entschiedenen Schulreformern“ am Donnerstag ihre Freunde in den Festsaal des ehemaligen Herrenhauses gerufen.

deutscher Großstädte umrissen sein) sieht nun folgendermaßen aus: Man zahlt monatlich eine Grundgebühr von 9 oder 10 M., außerdem kostet jedes Gespräch 10 Pf. Erfahrungsgemäß gibt es nur ganz wenige Menschen, die mit 0 bis 49 Gesprächen im Monat auskommen, die größte Zahl der Privatkunde spricht 50- bis 100mal im Monat, haben also nochmals 5 bis 10 M. für Gespräche zu zahlen.

Bis der Entwurf zur Beratung gelangt, dauert's ja noch eine Weile, inzwischen muß alles daran gesetzt werden, um allen Beteiligten von der ungewöhnlichen Väterlichkeit der postalischen Logik zu überzeugen. Interessant ist übrigens die Begründung der Post, weshalb sie die Grundgebühr stellen zu müssen glaubt.

partei behandelte darauf nach einigen Worten der amerikanischen Journalistin Miss Root den jüngsten englischen Chinakonflikt mit Kanton, erörterte den schamlosen Mißbrauch, den Großbritannien mit den „Konzessionen“ getrieben hat, um das mächtige Reich der Mitte wirtschaftlich und militärisch aufs raffinierteste zu unterjochen.

Auf dem Dampferd niedergelassen. Heute früh wurde der 34jährige Maschinist August Kiemer aus Schwantenheim in Pommern auf dem Dampfer „Artha“ der Schlesischen Dampferkompanie, der in der Nähe des Humboldthains liegt, schwer verletzt und bewußtlos aufgefunden.

Arbeiterbildungshule. Der Kurist Salomon: „Einführung in die Soziologie“, Neuland, Mädchenmittelschule, Donaustr. 10, heute, Freitag, den 14. Januar wegen Erkrankung des Referenten ausfallen. Nächster Abend am Freitag, den 21. Januar.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Sport.

Die zweite Nacht der „Sechs Tage“.

Gottfried und Krollmann scheiden aus.

In der letzten Nacht hat das Sechstagerrennen wieder einige Ueberraschungen gebracht. Koch-Rielens vermögen bei einer mitternächtlichen Jagd, angeregt von Rielens, in die Spitzengruppe einzurücken. Gooßens-Siodalind müssen die Spitze verlassen, da sie eine Strohrunde wegen schlechter Abkühlung erhalten.

2-Uhr-Nachwertung.

ergibt sich in der Spitzengruppe folgender Stand des Rennens: Degraeve-Thollembeek 92 Punkte, von Kempen-Bauer 68 Punkte, Mac Ramara-Tieg 40 Punkte, Koch-Rielens 36 Punkte, Buschenhagen-Frankenfeld 32 Punkte, Tononi-Lorenz 29 Punkte.

VOLKS-FILMBÜHNE NEUKÖLLN, BERGSTRASSE 147

Von Freitag, den 14. bis Sonntag, den 16. Januar 1927

PALAST UND FESTUNG

(Die russische Bastille) ein Film aus dem finsternen Rußland Alexanderll. Dazu das große Beiprogramm

Beginn der Vorstellungen: An Wochentagen um 7 und 9 Uhr, an Sonn- und Feiertagen um 5, 7 und 9 Uhr

Verantwortliche Leitung: Arbeiter-Filmgenossenschaft

Amsterdam — nicht Moskau.

Beschluß des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Die Moskauer Allweltspolitik vertritt sich nun einmal nicht mit der Gewerkschaftsbewegung. Können und wollen die russischen Gewerkschaften sich auf den Boden begeben, auf dem die sozialistischen, den Internationalen Gewerkschaftsbund bildenden Gewerkschaften stehen, dann stände ihrem Anschluß an den IGB von Amsterdamer Seite aus nichts im Wege. Allein, die Moskauer Gewerkschaften wollen das nicht, das paßt ihnen nicht in den Kram. Sie wollen die Gewerkschaftsbewegung beherrschen, sie ihren politischen Interessen dienlich machen und unterordnen. Sie wollen keine „reformistische“ Gewerkschaftsarbeit, sie wollen die Gewerkschaften als „revolutionäre Stoßtrupp“ zu Generalstreiks. Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale kann sich nicht selber preisgeben und, um Moskau gefällig zu sein, einen Weg beschreiten, der für die Gewerkschaften Selbstmord bedeutete. Mit der Zeit wird man auch in Moskau sich daran gewöhnen, mehr mit den tatsächlichen Verhältnissen zu rechnen als mit der „Weltrevolution“. Erst dann wird ein Zusammenarbeiten möglich sein.

Einstweilen kann davon keine Rede sein, wie die tagtäglichen Beschimpfungen der Amsterdamer Gewerkschaften durch die kommunistische Presse nur allzu deutlich zeigen. Moskau aber möchte um jeden Preis „ins Geschäft kommen“, Einfluß in der Amsterdamer Internationale gewinnen. Die Allrussischen Gewerkschaften fordern eine gemeinsame Konferenz, die an keinerlei Bedingungen und Voraussetzungen gebunden sein soll. Das heißt, von einem Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund, einer Anerkennung seiner Grundsätze und internationalen Kongreßbeschlüsse soll keine Rede sein. Für den IGB hätte nur dann eine gemeinsame Konferenz einen Sinn und Zweck, wenn die russischen Gewerkschaften eine Verständigung mit dem IGB suchten. Das wollen die Moskauer Drahtzieher nicht, sie wollen den IGB herunterreißen und ihn „entlarven“. Zu einer solchen Komödie kann der IGB sich nicht hergeben. Moskau will eine neue Internationale, in der die Moskauer Direktiven gelten sollen, die es dirigieren und beherrschen will.

Sachlich genommen ist eine Konferenz unter diesen Umständen auch für Moskau wertlos. Allein, es glaubt Verwirrung stiften und „Material“ gewinnen zu können zur Agitation gegen den IGB. In England hat Moskau versucht, sich eine bessere Nummer bei den Gewerkschaften zu verschaffen, und es ist ihm ja infolge seiner dort beobachteten besondernem Taktik geglückt, die englischen Gewerkschaften sowohl für die Bildung eines anglo-russischen Komitees zu gewinnen, wie auch für die Unterstützung seines Plans einer bedingungs- und voraussetzungslosen internationalen Gewerkschaftskonferenz. Wir leben aber nun einmal nicht in einer bedingungs- und voraussetzungslosen Atmosphäre, und Moskau denkt zu allererst daran, von seinen Voraussetzungen abzusehen und auf seine Bedingungen zu verzichten.

Die englischen Gewerkschaften haben ihr Versprechen an Moskau erfüllt und auf der jetzigen Tagung des Ausschusses des IGB in Amsterdam wiederholt den Antrag auf Veranstaltung einer solchen „Weltkonferenz“ gestellt. Der Ausschuss des IGB hat keine Veranlassung gefunden, seine bisherige Haltung preiszugeben, sondern, wie aus der folgenden Meldung hervorgeht, den Antrag der englischen Gewerkschaften abgelehnt, der außer den drei Stimmen der Engländer und der Stimme des Finnen, nur die Stimme der schweizerischen und der tschechoslowakischen Gewerkschaften, der Genossen Dürr und Taperle, erhalten hat.

Amsterdam, 13. Januar. (W.B.) Der Generalrat des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig folgende von Hids eingebrachte Entschließung angenommen:

„Der Generalrat des Internationalen Gewerkschaftsbundes verfolgt mit großer Anteilnahme die Ereignisse in Mexiko. Seine Sympathie gehört dem mexikanischen Volk und seiner Regierung. Der Internationale Gewerkschaftsbund gibt dem mexikanischen Volke die Versicherung, daß er es in seinem Kampf gegen fremde Einflüsse und Einmischungen unterstützen wird.“

Ferner nahm der Generalrat zu der Frage eines eventuellen Zusammengehens mit der russischen Gewerkschaftsbewegung Stellung. Hierzu war ebenfalls vom englischen Gewerkschaftskongreß eine Entschließung eingebracht worden, die besagt, daß der Generalrat des Internationalen Gewerkschaftsbundes angesichts der wiederholten ernstlichen Ersuchen des britischen Gewerkschaftskongresses zur Einberufung einer Konferenz mit russischen Gewerkschaftsvertretern und angesichts der Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens in der internationalen Gewerkschaftsbewegung der Einberufung einer Konferenz zwischen Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes und des Allrussischen Gewerkschaftsrates zustimme. An die Bereitwilligkeit zur Teilnahme an einer derartigen Konferenz sollten von beiden Seiten keinerlei Bedingungen geknüpft werden. Dieser Antrag wurde jedoch nach einer lebhaften Debatte am späten Nachmittag mit zwölf gegen sechs Stimmen abgelehnt. Für die Entschließung traten ein: Purcell, Hids und Brown (England), Finnen (Holland), Dürr (Schweiz), Taperle (Tschechoslowakei).

Die kommunistische Presse wird über diesen Beschluß nach allen Regeln ihrer in dieser Beziehung bekannten Kunst toben. Das hat jedoch keinerlei Bedeutung. Der IGB ist noch wie vor bereit, genau wie die Gewerkschaftszentrale jedes anderen Landes, auch die Russlands in seinen Bund aufzunehmen, sobald sie die Satzungen und Beschlüsse des IGB anerkennt, deren Änderungen sie dann beantragen kann, soweit sie dies für notwendig erachtet und begründen kann. Es liegt an Moskau und nicht an Amsterdam, wenn der Anschluß der russischen Gewerkschaften an den Internationalen Gewerkschaftsbund noch nicht erfolgen kann, der schließlich einmal kommen muß. Der umgekehrte Weg ist ungangbar.

Die Schuhfabrik S. Carisch berichtigt.

Zu dem Bericht über die Entlassung von Arbeitern und die Löhnerhältnisse bei dieser Firma in Nr. 615 des „Vorwärts“ hat uns die Firma S. Carisch folgende Berichtigung auf Grund des Pressegesetzes zugehen lassen:

Es ist unklar, daß die Firma S. Carisch im Jahre 1926 bei der Demobilisierungsbehörde beantragt hätte, Entlassungen vornehmen zu dürfen. Dies ist im Jahre 1926 überhaupt nicht, sondern nur ein einziges Mal, nämlich am 23. November 1925, erforderlich gewesen, als die große Krise in der Industrie eintrat. Der Demobilisierungskommissar hat damals die von der Firma beabsichtigte Stilllegung des Betriebes genehmigt, die Firma hat aber von dieser Genehmigung keinen Gebrauch gemacht.

Daraus ergibt sich auch die Unwahrheit der Behauptung, daß die Firma auf Grund der Genehmigung des Demobilisierungskommissars Entlassungen vorgenommen habe, um die Löhne der neu einzustellenden Arbeiter zu drücken.

Unwahr ist ferner, daß die von der Firma mit den Arbeitern vereinbarten Abfordränge diesen eine Verdienstmöglichkeit von nur 40 Pfennig pro Stunde geben. Aus den Lohnbüchern der Firma ergibt sich vielmehr, daß die Abfordränge dem nicht minder leistungsfähigen Arbeiter bei normaler Beschäftigung die Möglichkeit eines Verdienstes gewähren, der weit über dem normalen Abfordränge steht. Diese Abfordränge bestehen nicht erst seit dem 28. Dezember 1926, sondern schon seit Jahren und sind zum größten Teil unter Mitwirkung der Gewerkschaft zustande gekommen. Diese Sätze sind

niemals abgebaut worden, so daß auch aus diesem Grunde die Löhne der neu einzustellenden Arbeiter nicht gedrückt werden konnten.

Die drei in dem Artikel erwähnten Arbeiter mußten entlassen werden, weil sie plötzlich ohne jeden Grund die Arbeit zu den Abfordrängen, zu denen sie die ganze Zeit über gearbeitet hatten, verweigert haben.

Der letzte Absatz des Artikels ist ein Aufruf an die Arbeiter der Firma, sich zu organisieren. Dieser Absatz ebenso wie der ganze Artikel sind gegen die Firma deshalb geschrieben worden, weil der größte Teil ihrer Arbeiter nicht organisiert ist. Die Arbeiter der Firma haben dies aus der Erwägung heraus nicht für erforderlich gehalten, weil bei der Firma die Verdienste normal und tarifmäßig sind und sie daher eine Stützung der Gewerkschaften nicht nötig haben.

Wir haben diese Berichtigung ungefügt gebracht, trotzdem der Schluß nicht mehr dazu gehört. Doch diese Schlußsätze, in denen die Firma sich zum Sprachrohr unorganisierter Arbeiter machen will, lassen die Einstellung der Firma Carisch zu der Organisation genügend erkennen. Ob die Arbeiter „eine Stützung der Gewerkschaften“ nötig haben, das zu beurteilen, ist nicht Sache der Firma.

Dem Zentralverband der Schuhmacher werden wir Gelegenheit geben, sich zu dieser Berichtigung zu äußern.

Kaufmännische Lehrstellen.

Die Eltern, deren Kinder im Frühjahr dieses Jahres die Schule verlassen, sollten sich bereits jetzt schon um Lehrstellen für diese bemühen. Für diejenigen Jungen und Mädchen, die Religion haben, einen kaufmännischen Beruf zu erlernen, besteht die Möglichkeit der Vermittlung von Lehrstellen durch die Stellenvermittlung des Zentralverbandes der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin, Belle-Alliance-Straße 7/10.

Die Berufsberatung findet an jedem Montag und Freitag in der Zeit von 5 bis 7 Uhr nachmittags statt. Die Eltern tun gut, wenn sie sich schon jetzt wegen der Vermittlung von kaufmännischen Lehrstellen an den ZbA wenden, damit ihre Kinder für die offenen Stellen vorgemerkt oder vermittelt werden können.

In Elmshorn ausgefegt.

Als im vorigen Jahre die Ortsverwaltung des Lederarbeiterverbandes in Elmshorn von Kommunisten besetzt wurde, da wurde dies in der kommunistischen Presse als ein großer Sieg über die „Reformisten“ gefeiert. Zum großen Leidwesen der kommunistischen Gewerkschaftsstrategen war ihre Freude jedoch nur von kurzer Dauer, denn bei der kürzlich vorgenommenen Neuwahl zur Ortsverwaltung wurden die alten, bewährten, auf dem Boden der Amsterdamer Richtung stehenden Verbandsmitglieder wiedergewählt.

Diejenigen, welche die örtlichen Verhältnisse kannten, wußten, daß die Elmshorner Lederarbeiter, die beinahe zu 100 Proz. organisiert sind, diesem Spud bald ein Ende machen würden. Diefelbe Niederlage haben die Kommunisten in Elmshorn übrigens auch bei der diesmaligen Neuwahl zur Ortsverwaltung des Fabrikarbeiterverbandes erlitten. Dort hatten sie sich ebenfalls eingenistet und jetzt wurden wieder Vertreter der Amsterdamer Richtung gewählt, so daß die Kommunisten in den beiden größten Gewerkschaften in Elmshorn ausgeschaltet sind.

In Württemberg war am 1. Januar der höchste Stand der Erwerbslosigkeit zu verzeichnen, mit 50 377 Hauptunterstützungsempfängern und 43 959 Zuschlagsempfängern. Die bisherige Höchstzahl der Hauptunterstützungsempfänger war die vom 1. März 1926 mit 48 429.

Die Spartasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten H.-G. Berlin, Wallstr. 55, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Großer Inventur-Ausverkauf

Alle Waren sind bedeutend im Preise herabgesetzt

Einige Beispiele unserer Leistungsfähigkeit

Herren-Anzug 23⁰⁰
moderne Streifen

Herren-Wasser 24⁰⁰
moderne Form

Tanz-Anzug 44⁰⁰
mit Vorbe eingefaßt

Eoden-Joppe 8⁹⁰
f. Herren, warm gefüttert

Knaben-Anzug 5⁹⁰
Größe 1-6

Carl Schulze & Co.

Große Frankfurter Straße 20

Ecke Koppenstraße

Große Frankfurter Straße 20

Das Haus für gute Herren- und Knabenkleidung

Konsum

Genossenschaft Berlin u. Umgegend e. G. m. b. H.
Zentrale: Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 16-30

Zur Abwehr gegen Grippe und Influenza

einschl. Flasche und Steuer
Südfranzösischer Rotwein M. 1.30
Dürkheimer Feuerberg „ 1.30
Deutscher Weinbrand M. 5.50, 4.70, 4.50, 4.30



223 Warenabgabestellen in Berlin
Die Warenabgabe erfolgt nur an Mitglieder
Die Mitgliedschaft kann jedermann erwerben
Die Aufnahmegebühr beträgt 50 Pfennig



Leosau's Korbmöbel
Klassische Formen
Aparter Muster
Mäßige Preise
Wartung u. Reparatur:
Neukölln
Ammerstraße 20 und
Hermannstr. 10
(Tel. Neuk. 1799)

Spezial-Ischias
In 10-15 Tagen
schwere Fälle heiligt werden. Spezialisten
Beratung und Behandlung, ärztl. empfohlen.
Waldstraße 106. 9-11, 1-4. Sonntag 10-12. Jambly

Küchen
roh emailliert
Höhe Lottchen 42 H. 80 H.
Christine 75 „ 125 „
mit Anrichte
Riesenauswahl
roher, lackierter, lasierter
Küchen, einzelner Kleider-
und Küchenschränke.
Himmel
Lothringer Str. 22 (Schönhauser Tor)

Zuckerkrank
Frauen Sie Ihren Arzt u. A. Siegers Anti-
diabeticum und verlangen Sie kostenlos
liesberügl. hochinteressante Schriften
durch Fr. Löw, Waldorf B 37 (Hessen).

EUROPA
Die milden hocharomat. Feinschnitte
EUROPA
rot 30 Pf. | 50 Staniol . 50 Pf.
40 Staniol . 40 Pf. | gold Staniol 60 Pf.
RAUCHTABAKFABRIK
Ebner & Kramer
Wiesloch B.